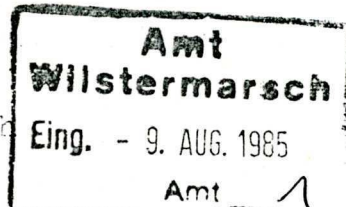


Helmut Häuser

An das

Amt Wilstermarsch

2211 Wilster



8. August 1985

Betr.: Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum für mich und meine Familie. Keine Genehmigung für Inbetriebnahme, AKW-Änderungen, Atommüll-Brennelemente, hochangereicherte Brennelemente, Generatorprüfung mit Tritium und für den unbefristeten Betrieb des AKW Brokdorf.

Hiermit beantrage ich zum Schutz von Leben, Gesundheit und Eigentum für mich und meine Familie dem geplanten AKW Brokdorf die Betriebsgenehmigung zu versagen.

Begründung:

1. Atomenergie wird nicht genutzt und nicht friedlich genutzt

Nach dem Atomgesetz kann eine radioaktive Verseuchung von Mensch und Umwelt - in bestimmten Grenzen und so gering wie möglich (Schutzziel) - genehmigt werden, um eine friedliche Nutzung zu ermöglichen. Diese ist für das geplante AKW Brokdorf weder erforderlich noch gegeben.

Kein Bedarf Im Grundlastbereich der Stromerzeugung bestehen gewaltige Überkapazitäten. AKWs, insbesondere das AKW Brokdorf, werden nicht mehr benötigt. Die bisherige Mitantragstellerin, HEW, versucht mit allen Mitteln aus dem Projekt auszusteigen, was allerdings bisher nur teilweise gelungen ist.

Schaden für Stromkunden Die NWK führt das Projekt offensichtlich nur weiter, um die Fehlplanung auf den Kunden abzuwälzen.

(Die HEW wird hierfür bereits von einigen Stromkunden verklagt.) AKWs sind teurer als entschweißte Kohlekraftwerke und modernisierte Altanlagen. Die einseitige Bevorzugung der Stromerzeugung in AKWs hat bereits zur Verringerung der industriellen Stromeinspeisung ins öffentliche Netz (Wärme-Kraft-Kopplung) geführt und der zukunftsicheren erneuerbaren Energienutzung (Sonne, Wind) die Mittel entzogen.

Atommüll wird zu Atomwaffen verarbeitet Die Antragsteller liefern ihren Atommüll u.a. nach Frankreich. Der Müll wird dort so angereichert, daß waffenfähiges Plutonium entsteht.

Frankreich ist dem Atomwaffensperrvertrag nicht beigetreten und beliefert Staaten, die Atomwaffen bauen (z.B. Pakistan) und deshalb von den Unterzeichnerstaaten (z.B. USA) nicht beliefert werden.

Damit fehlt die gesetzliche Grundlage (Nutzenziel des Atomgesetzes) für eine radioaktive Verseuchung meiner Umwelt.

2. Der Atom Müll wird nicht beseitigt.

Mit der Inbetriebnahme von Brokdorf entsteht zusätzlicher und vermeidbarer Atom Müll. Entgegen der Forderung des Atomgesetzes nach gesicherter Entsorgung sind die angegebenen Maßnahmen Notbehelfe und keine Lösung. Darüberhinaus vergrößern sie meine Gefährdung.

Atom Müll soll im AKW Brokdorf gesammelt werden Das ursprüngliche Sicherheitskonzept des AKWs erforderte, den Atom Müll nach dem Abbrand regelmäßig zu entsorgen. Jetzt soll mit dichter Lagerung (Kompaktlager) soviel Müll wie möglich im AKW bleiben. Das Anlagenprinzip wurde damit ohne bauliche Änderungen umgewandelt. Die größere Schadstoffmenge des Atom Mülls verursacht höhere Leckagen und die Möglichkeit gravierender Unfälle (Kritikalitätsunfälle).

Atom Müll soll zwischengelagert werden Die angeführten 10 Stellplätze in Gorleben sind nur ein Notbehelf (Zwischenlager). Mit einer Inbetriebnahme wird die Notlage noch vergrößert. Das Zwischenlager ist nicht für die Aufnahme der beantragten Atom Müll-Brennelemente geeignet.

Es gibt keine nationale Wiederaufarbeitung Die genannte Wiederaufarbeitungsanlage Wackerdorf existiert noch nicht. Sie ist erst beantragt und noch nicht einmal teilweise genehmigt worden. Die Betreiber geben an, daß die Anlage 1996 in Betrieb genommen wird. Der Nachweis der Wiederaufarbeitungsmöglichkeit ohne unzulässige Verseuchung der Umgebung wie in England (Windscale) und Frankreich (La Hague) kann damit plangemäß frühestens 1996 beginnen. Die Wiederaufarbeitung von Atom Müllbrennstäben ist bisher nicht beantragt worden.

Konditionen ausländischer Wiederaufarbeitung geheim Die Verträge mit dem Ausland sind aus unerklärten Gründen geheim. Bisher wurde bekannt, daß der Atom Müll zurückgenommen werden muß und daß ausdrücklich keine Atom Müll-Brennelemente verarbeitet werden. Ein Geheimvertrag kann keine Grundlage für

einen Entsorgungsnachweis sein.

Es gibt keine Entlagerstätte für Atommmüll Eine sichere endgültige Aufbewahrung für Atommmüll ist in der BRD und im Ausland noch nicht gefunden worden. Der Antrag läßt diesen Schlußpunkt der Entsorgung völlig offen.

Damit ist die Entsorgungsvoraussetzung des Atomgesetzes nicht erfüllt.

3. Der Atommmüll wird ins AKW Brokdorf zurückgeholt

Um das Atommmüllproblem zu entlasten, wird nach dem Scheitern des Brüterprojektes der angereicherte Atommmüll, insbesondere das hochgiftige Plutonium, mit den Brennstäben nach Brokdorf zurückgeholt. Der Sicherheitsbericht erklärt nicht, wie das AKW nachträglich hierfür zu ändern ist. Damit wird aus dem AKW Brokdorf eine Atommmüllverbrennungsanlage und ein Versuchreaktor. Lagerung vor und nach dem Einsatz, undichte Brennelemente (wird von Betreiber als unvermeidbar und normal angesehen), zusätzliche Betriebschwierigkeiten der ungeändert Anlage und der Auslegungsfall "Brennelementeschädigung bei Handhabung" (Punkt 5.6 Kurzfassung) erhöhen die ständige radioaktive Verseuchung und das Unfallrisiko für mich und meine Familie. Die ungelöste Zwischenlagerung, Wiederaufarbeitung und Entlagerung des Atommmülls von Atommmüll-Brennstäben wird zum Verbleib auf dem Gelände des AKW Brokdorf führen.

4. Radioaktiv verseuchte Wasser wird in die Elbe gepumpt werden, anstatt es im AKW in geschlossenen Kreisläufen zu halten
Die Technik der Abwasserentseuchung wird im AKW Brokdorf nur bis zum willkürlich festgelegten Wert $1,85 \times 10^7 \text{ Bq/m}^3$ ($5 \times 10^{-4} \text{ Ci/m}^3$) durchgeführt. Anstatt das Wasser im AKW weiter zu entseuchen und wiederzuverwenden, wird es in die Elbe und damit auch in die Nebengewässer abgeleitet. Es verseucht Fischgründe, Fischwasser, Viehtränke und Böden. Über Sperrwasser und Grundwasser verseucht es Nahrungsmittel und belastet damit den menschlichen Organismus neben der direkt aufgenommenen Strahlung.

5. Radioaktiv verseuchte Luft soll in die Umgebung abgelassen werden, anstatt sie im AKW in geschlossenen Kreisläufen zu halten.

Durch Verzögerungstrecken wird nur die Radioaktivität einzelner Gase verringert. Solche mit langer Halbwertszeit werden trotzdem abgelassen (z.B. KR 85) oder bei schwieriger Rückhaltung unreduziert abgeblasen (z.B. Tritium) oder während der Weideperiode des Viehs stärker zurückgehalten (z.B. J 131).

6. Schädigungsrechnung geht vom Bundesdurchschnitt, nicht von den Gegebenheiten vor Ort aus.

Gegebenheiten, die für eine radioaktive Verseuchung bedeutungsvoll sind, werden in der Standortbeschreibung verharmlost oder nicht genannt.

Bevölkerungsdichte Es ist absurd, die geringe Bevölkerungsdichte positiv hervorzuheben. Der einzelne Anwohner am AKW wird statistisch gesehen genauso häufig geschädigt unabhängig davon wieviele andere Personen gleichzeitig geschädigt werden weil sie auch dort wohnen bzw. nicht geschädigt weil sie nicht dort wohnen.

Wasserversorgung Es wird gesagt, daß Trinkwasserbrunnen auf der Geest liegen und Marschgrundwasser im allgemeinen als Trinkwasser nicht geeignet ist. Nicht genannt wird, daß Oberflächen- und Grundwasser in der Marsch für die Viehtränke, Beregnung von Ackerflächen und zum Gießen des Gemüselandes verwendet wird.

Fischerei Es wird die Elbfischerei und die große Anzahl der Nebenerwerbsfischer nicht aufgezählt.

Selbsversorgung Fast alle Grundstückseigentümer ernähren sich in der Region zum größten Teil aus dem eigenen Garten (Kartoffeln, Gemüse, Obst und Futterpflanzen für Schafe) und von der eigenen Kleintierzucht (Hühner, Enten, Gänse, Schafe und Schweine) oder ihren oder benachbarten landwirtschaftlichen Betrieben (Milch, Rindfleisch, Schweinefleisch).

Damit sind die Angaben über radioaktive Belastung als zu günstig dargestellt.

7. Persönliche Gefährdung nicht ableitbar

In den Tabellen zur Strahlenbelastung (Abschn. 3 und 4) ist ersichtlich, daß sich meine Strahlenbelastung aus dem AKW Normalbetrieb extrem erhöht gegenüber der Vorbelastung aus den weiter entfernten AKWs Brunsbüttel und Stade.

Ganzkörperbelastung: 0,4 auf 21 Bzw. für meine Kinder

0,4 auf 19,8 uSv/a d.h. 5000 % !

Schilddrüse: 1,2 auf 11 bzw.

2,4 auf 63,8 d.h. 1000 bzw. 2500 % !

Knochen: 0,4 auf 41,6 d.h. 10.000 % !

Unzureichende Aufschlüsselung der Nahrungsmittel Diese

gewaltige Zunahme kann ich nur zum Teil reduzieren, indem ich meine bisherigen Lebens- und Ernährungsgewohnheiten aufgebe. Aus den Tabellen ist zu schließen:

Verringerung der Schilddrüsenbelastung durch Verzicht auf Verzehr von Milch und Blattgemüse aus der Nachbarschaft und dem Garten von 11 bzw 63,8 uSv/a auf 1,1 bzw 0,2 was der bisherigen Vorbelastung entspricht. Milchprodukte werden nicht genannt, obwohl ich bisher meinen Bedarf an Joghurt und Quark sowie Sahne und teilweise Butter vom Nachbarn beziehe und auch Käse zukünftig vollständig aus einem nachbarlichen Betrieb zu decken.

Verringerung der Knochenbelastung durch Verzicht auf Verzehr von Pflanzenprodukten aus dem Garten oder der Nachbarschaft von 41,6 auf 22,6 bzw. 27,4 auf 1,4 für meine Kinder.

Welche zusätzliche Belastung ich dadurch erhalte, daß ich Apfelsaft presse und meinen Zuckerbedarf mit Honig aus eigener Nebenerwerbsimkerei beziehe, ist nicht aufgeführt. In der Tabelle werden nur Belastungen durch Fortluft, nicht jedoch durch Abwasser (Grundwasser, Gießwasser) genannt. Bei den Tabellen aus dem Abschnitt 4 (Störfälle) ist überhaupt nicht ersichtlich durch welche Nahrungsmittel die Belastung auftritt.

Zu einer Zeit in der eine Vielzahl von Nahrungsmitteln bei der Erzeugung (Boden- und Schädlingsbehandlung sowie Umwärgift vergiftet sowie durch die anschließende Verarbeitung und Konservierung geschädigt, entwertet und vergiftet werden, müßte ich zusätzlich zu den Kosten eine Qualitätsminderung hinnehmen.

Keine aktuellsten Meßwerte Alle Rechnungen beruhen auf Annahmen. Aktuelle Meßwerte sind bei mir noch nicht aufgenommen worden.

Entfernungsangaben von AKW fehlen Da der ungünstigste Aufpunkt, auf den sich die Tabellen beziehen, nicht angegeben sind und auch die Verbesserung der Werte mit der Entfernung fehlt, kann ich nicht beurteilen, wie weit ich meinen Arbeitsort verlegen muß oder in den Ferien verreisen muß, um die Belastung zu verringern. Verreisen in den Urlaubstagen und an Wochenenden kann die Dosis für Nieren, Leber, Lunge, Haut und Darm um 25% verringern, die Verlegung des Arbeitsplatzes um etwa weitere 30 %. Aus welcher Entfernung kann ich wieder Nahrungsmittel beziehen? Wie weit muß nach den Störfällen die der Tabelle 4 zugrunde liegen gemieden werden, um die Belastung zu verringern?

Gesundheitsschädigung infolge der Strahlenbelastung fehlt Den Grenzwerten der Strahlenschutzverordnung liegen statistische Schädigungserwartungen zu Grunde (1 Krebsfall in einer bestimmten Anzahl von Jahren). Es wird nicht angegeben wie hoch dieser Wert für mich bei der angegebenen Strahlenbelastung liegt.

§. Der einzelne Anwohner ist bei nuklearen Katastrophen unzureichend geschützt und versorgt.

Völlige Abhängigkeit von zentralen Katastrophenschutz

Für das AKW sind als Katastrophenschutz an Ort und Stelle Einrichtungen, Personal und geeignete Übungen vorgesehen (Sicherheitsbericht Kapitel 3.7-1). Für die Anwohner sind keine Vorkehrungen durch den Betreiber vorgesehen. Es ist jedoch bekannt, daß die Behörden Katastrophenschutz für die Bevölkerung planen. Damit bin ich und meine Familie in unmittelbarer Nähe des AKWs Brokdorf auf eine ungestörte Nachrichtenlinie über Kiel zum Katastrophenstab im Kreis und dann zu uns, evtl. noch bei ausgefallener Stromversorgung angewiesen.

Der Katastrophenstab kann die Reaktorfernüberwachung nicht selbst interpretieren und beabsichtigt auch nicht, eigenes Personal auszubilden. Er ist auf Anweisung bzw. Entsendung eines Experten aus Kiel angewiesen. Warn- und Meßgeräte der Organisationen im Nahbereich zeigen nur "zulässige" Bereiche an. Eine qualitative und quantitative Analyse und Umsetzen in

intelligentes Handeln ist damit nicht möglich.

Zeitverzögerung bei Katastrophenschutz Der Landrat vertritt die Auffassung (sein Schreiben an den Kreistag v. 14.3.85), daß sich ein kerntechnischer Unfall erst nach vielen Stunden auswirkt und damit alle Maßnahmen bis zum Eintreffen des Kieler Fachmannes unverzüglich anlaufen können. Die steht im Gegensatz zu den Abläufen bei den Störfällen in Brunsbüttel und Harrisburg. Auch die Tatsache, daß sich eine radioaktive Wolke nur mit Windgeschwindigkeit ausbreiten kann, gibt nur Schutz, wenn man weit genug von AKW entfernt wohnt. Da ich aber in 2 km Entfernung von AKW wohne und arbeite, müssen für mich und meine Nachbarn sofort Hilfeleistung erfolgen.

Unzulängliche ärztliche Versorgung Es ist nicht gesichert, daß ich und meine Familie ärztlich versorgt werden können. Landesweit sind 83 Ärzte für die Versorgung von Strahlenschäden ausgebildet und 324 Intensivbetten sollen für die Aufnahme von Strahlenopfern geeignet sein. Dagegen leben in 15 km Abstand im 30° Sektor in meiner Windrichtung 15.000 Menschen, in Richtung Itzehoe sind es sogar 35.000.

Keine medizinische Aufklärung Die angegebene Strahlenbelastung für Störfälle ist nicht in Form von Krankheitsbildern und Erkrankungshäufigkeit angegeben. Die genannte "Spezialbehandlung der medizinischen Betreuung für Personen im Zentralbereich eines AKWs" (2 km Radius) ist weder erklärt noch sind Heilungsaussichten und Behandlungsfolgeschäden angegeben.

Unpraktische behördliche Maßnahmen In der Broschüre der Landesregierung an alle Haushalte steht über vorgesehene behördliche "Notfallschutzmaßnahmen in der Umgebung von kerntechnischen Anlagen": Einnahme von Jodtabletten als vorbeugende Schutzmaßnahme gegen die Aufnahme von eingeatmeten radioaktiven Jod durch die Schilddrüse. Jodtabletten werden nicht vorsorglich ausgegeben. Sie sollen erst nach dem Unfall ausgegeben und eingenommen werden, mit Sicherheit nicht mehr rechtzeitig. Dekontamination (Duschen und Kleiderwechsel) sollen in Notfallstationen durchgeführt werden. Diese Maßnahme kann jeder viel früher zu Hause durchführen, zumal da die Notfallstationen keine Abwassersammelbehälter erhalten. Zur Evakuierung sind Busse vorgesehen. Die Evakuierung wird in dieser Form wesentlich länger dauern als eine Flucht mit privaten Verkehrsmitteln und Nachbarschaftshilfe.

unrealistische Erwartungen Die o.g. Broschüre geht ferner davon aus, daß Haushalte für 2 Wochen reichende Nahrungs- und Trinkwasservorräte, Arzneimitteln ~~xxmxxxxxx~~ sowie versorgungsunabhängige Nachrichten, Heizungs-, Koch- und Beleuchtungsgeräte auf eigene Kosten beschafft haben. Mag dieses im ländlichen Raum noch teilweise zutreffen und für normale Risiken noch kurzzeitig beschaffbar sein, gilt das kaum für Städte und für nukleare Katastrophen. Die erwarteten Vorsorgemittel sind durch den AKW-Betreiber zur Verfügung zu stellen bzw. die diesbezüglichen Kosten sind zu erstatten. Gleiches gilt sicher für die landwirtschaftlichen Betriebe (Allein im Krs. Steinburg 2.500), die für 10 Tage Futter- und Trinkwasservorräte sowie Zellstoffwatte und Verbandsmaterial, Desinfektionsmittel und Arzneimittel (Stallapotheke) vorhalten sollen.

9. Die Existenzgrundlage der ansässigen Bevölkerung ist nach einem Unfall verloren

Durch die Verseuchung von Luft, Böden und Gewässern, Vieh, landwirtschaftlichen und gewerblichen Produkten und Anlagen nach einem Unfall sind neben der körperlichen und emotionalen Lebensgrundlage (reines Wasser, Luft und Nahrung sowie Angstfreiheit) auch die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen einer ganzen Region zerstört durch Wertverfall des Besitzstandes, Abnahmeverweigerung der Produkte und Vermeidung des Aufenthaltes. Eine Schadensregelung ist außer einer festgelegten Schadenshaftungssumme, unabhängig davon ob sie unter Umständen beigebracht werden kann, nicht erfolgt.

10. Die risikoreiche Inbetriebnahme erfolgt ohne zusätzliche Schutzvorkehrungen.

Der technische Ablauf der Inbetriebnahme ist detailliert geplant. Eine Vorsorge zum Schutz der Bevölkerung in dieser kritischen Betriebsphase ist nicht angegeben.

11. Radioaktive Verseuchung durch Dichtigkeitsprüfung

Die Dichtigkeitsprüfung kann auch ohne radioaktive Verseuchung vorgenommen werden und ist deshalb abzulehnen.

12. Unerfüllte Auflagen und Sicherheitsforderungen

Im bisherigen Genehmigungsverfahren sind eine Reihe von Auflagen erteilt worden, die nicht erfüllt wurden bzw. nicht erfüllt werden können. So besitzt das AKW Brunsbüttel noch immer keine funktionierende Fischeischeuchanlage sondern vernichtet weiterhin Fische und Fischbrut durch die Kühlwasserentnahme. Die Auflage ist für Broderer ebenso wenig erfüllbar.

Ältere Sicherheitsregeln sind in der Zwischenzeit durch neue Sicherheitsforderungen verschärft worden. Diese müssen noch bis zur Inbetriebnahme erfüllt werden, denn der Sinn der Teilerrichtungs genehmigungen wurde bisher mit der Berücksichtigung neuerer Sicherheitstechniken begründet.

13. Unzuverlässigkeit der Betreiber

Das Atomgesetz erfordert die Zuverlässigkeit der Betreiber. Diese ist weder von den handelnden Personen noch von der Organisationsform gewährleistet. Es sind folgende Mängel aufgetreten und der Staatsanwaltschaft übergeben worden: Außerkraftsetzen der Sicherheits- und Registriereinrichtungen während des Brunsbüttel Störfalles, Falsche Kostenbelastung der Stromkunden ^{nach} ~~durch~~ unternehmerischen Fehlentscheidungen, Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag, Prozeßbetrug im Verwaltungsgerichtsverfahren und Einbringen von hochaktiven Atommüll ins Zwischenlager Gorleben.

14. Abrißplanung nicht festgelegt.

Es werden drei Varianten für das betriebliche Ende genannt. Es muß sowohl bei Versagung der Betriebsgenehmigung als auch bei Beendigung der ursprünglich geplanten Nutzung ein kompletter Abriß mit Wiederverwendung der Fläche als landwirtschaftliches Nutzland sichergestellt sein.